

Inhalt

1. Intro: Anlass, Zielsetzung, Adressat*innen, Programm	1
2. Standortbestimmung der Sozialdezernentin Sylvia Bruns	3
3. Interaktives Ankommen: „Wie definiere ich Armut / Teilhabe?“	5
4. Armut in der Landeshauptstadt Hannover: Zahlen, Daten, Fakten	10
5. „Armut“ und „Teilhabe“ - eine Arbeitsdefinition	14
6. Kurzinterviews mit Praktiker*innen aus der „Quartiers- und Beratungsarbeit“	15
7. Workshops	25
8. Ausblick	35
Impressum	36

1. Intro: Anlass, Zielsetzung, Adressat*innen, Programm

Am 28. Mai 2024 fand im Freizeitheim Vahrenwald ein halbtägiger Fachtag zum Thema „Armut und Teilhabe“ statt.

Anlass für den Fachtag war ein Haushaltsbegleitantrag von SPD + B90/ Grüne ([DS. H-0252/2022](#)). Darin wurde die Verwaltung beauftragt, gemeinsam mit geeigneten Kooperationspartner*innen einen Fachtag zum Thema „Maßnahmen gegen Armut“ zu organisieren.

Zielsetzung: Armutsbetroffenheit, speziell von Kindern, von Familien, insbesondere Allein- und Getrennterziehenden sowie steigende Altersarmut sind kein hannoversches Phänomen, sondern ein strukturelles Problem in ganz Deutschland. Ziel des Fachtags war die Ermittlung kommunalen Handlungsbedarfs, eine kritische Reflektion **lokaler** Teilhabeansätze sowie der Austausch zwischen zentralen Akteur*innen, mit dem Ziel, voneinander zu wissen, voneinander zu lernen und die Vernetzung zu stärken. Konzipiert, organisiert und durchgeführt wurde der Fachtag von der [Koordinationsstelle Sozialplanung](#) im Dezernats für Soziales und Integration in Zusammenarbeit mit einer dezernatsübergreifend zusammengesetzten Arbeitsgruppe.

Adressat*innen: Der Fachtag richtete sich primär an Fachplanende aus Verbänden, Vereinen, Verwaltung, politische Vertreter*innen und an die interessierte Fachöffentlichkeit. Methodisch setzte der von [Dunja Rose](#) moderierte Fachtag auf die Expertise vieler, den fachlichen Austausch und deren Vernetzung untereinander.

Teilnehmende: Es trafen sich insgesamt mehr als 150 Engagierte und Interessierte aus der Stadtgesellschaft Hannovers, darunter Fachplaner*innen und Vertreter*innen der Rats- und Stadtbezirksräte, des Seniorenbeirats, politischer Gremien, Akteur*innen der Wohlfahrtsverbände, Vereine und Initiative sowie Vertreter*innen aus der Wohnungswirtschaft.

Anlass: Haushaltsbegleitantrag

Ziel: Ermittlung kommunalen Handlungsbedarfs

Lokale Teilhabeansätze

Fachlicher Austausch und Vernetzung



Blick ins Plenum

Über 150 Teilnehmende

Fachtag

Armut & Teilhabe

28. Mai 2024

13:30 Uhr bis 18:00 Uhr

Freizeitheim Vahrenwald

Vahrenwalder Str. 92

30165 Hannover

Programm

13:30 Uhr **Ankommen**

14:00 Uhr **Begrüßung und Moderation**
Dunja Rose

14:05 Uhr **Wo stehen wir, wo wollen wir hin, wie kommen wir dahin?**
Einstimmung ins Thema mit Sylvia Bruns,
Dezernentin für Soziales und Integration, Landeshauptstadt Hannover

14:15 Uhr **Key facts zur Situation und Entwicklung in Hannover**
Koordinationsstelle Sozialplanung, Landeshauptstadt Hannover

14:30 Uhr **Kurz-Statements** von Praktiker*innen aus der Quartiers- & Beratungsarbeit

15:00 Uhr *Pause*

15:15 Uhr **Workshops: Kommunale Handlungsspielräume**

16:45 Uhr *Pause*

17:00 Uhr **Ergebnispräsentation**

17:30 Uhr **Austausch & Vernetzung**

17:50 Uhr **Ausblick & Abschluss**
Sylvia Bruns, Dezernentin für Soziales und Integration,
Landeshauptstadt Hannover

2. Standortbestimmung der Sozialdezernentin Sylvia Bruns



Sozialdezernentin Sylvia Bruns begrüßt die Teilnehmenden des Fachtags Armut und Teilhabe.

Sylvia Bruns, Dezernentin für Soziales und Integration

Sylvia Bruns machte eingangs deutlich, dass strukturelle Armut, die es seit Jahrzehnten in allen Teilen des Landes gäbe, zwar nicht allein auf lokaler Ebene bekämpft werden kann, es aber alle lokalen Hebel zu identifizieren und zu nutzen gilt. Im Mittelpunkt des Fachtags standen daher hannoversche Handlungsspielräume. „Unser Ziel kann, soll und muss es sein, Teilhabe und Zugangschancen zu erhöhen, maximale Teilhabe auch bei wenig Geld zu ermöglichen oder umgekehrt: niemanden in Armut auszuschließen“, so Sylvia Bruns.

Wo stehen wir?

Wer von Armut betroffen ist, kann seltener, an manchem auch gar nicht teilhaben. Dabei geht es weniger (aber auch!) um den Zoobesuch, der selbst für eine vierköpfige Familie mit mittlerem Einkommen eine finanzielle Herausforderung sein kann, es geht weniger (aber auch!) um das abonnierte Theater- und Zeitschriftenabo oder das sommerliche Spaghetti-Eis in der Eisdiele, das für die einen ein Standard und für andere unerschwinglich ist, sondern es geht zunehmend darum, die monatliche Miete, den Strom, die Heizkosten, allgemein den Lebensunterhalt. Kurz: Den Alltag und das Existenzminimum zu stemmen.

Denn Tatsache ist, dass es selbst MIT Bürgergeldbezug, das bekanntermaßen das Existenzminimum sichern soll, nahezu unmöglich ist, sich dauerhaft gesund und ausgewogen zu ernähren.

Armut ist daher stets mehr als nur ein materielles, monetäres Problem, denn Armut schränkt die Teilhabechancen ein. Teilhabe am Wohnen, an Mobilität, an Bildung, an Gesundheit, an kultureller und digitaler Teilhabe (Stichwort: Tablet und Smartphone) und ja: auch an der Eisdiele.

Denn Armut erschwert Mobilität und Begegnung, Armut erschwert Kontakte, Armut kann einsam machen, Armut kann ausschließen. Armut macht auf Dauer krank und Armut verkürzt die Lebenserwartung.

„Auch wenn das Tagungsthema alles andere als ein Anlass zur Freude ist, freut es mich, vor einem solch vollen Saal zu sprechen. Die riesige Resonanz unterstreicht einmal mehr, wie wichtig und wichtiger werdend das Thema ist.“

„Wer von Armut betroffen ist kann seltener oder gar nicht teilhaben.“

„Armut ist daher mehr, als ein materielles, monetäres Problem.“

Wo wollen wir hin?

Zunächst: Wo wollen wir als Stadtverwaltung hin: Wir müssen uns ehrlicherweise eingestehen, dass wir (Stadtverwaltung, Politik oder Stadtgesellschaft) relative Armut nicht bekämpfen können. Schon gar nicht, wenn wir Armut über das Existenzminimum, also über Transferleistungsbezug messen. Denn so paradox das ist: Die Idee der Transferleistungen ist es, Armut „bekämpfen“ zu wollen, auch wenn wir das als Stadtverwaltung Hannover ausdrücklich anzweifeln.

Nicht umsonst basieren unsere jährlich von der Koordinationsstelle Sozialplanung veröffentlichten Armutsmonitorings auf der Messung der Anzahl Transferleistungsbeziehender in Hannover: Aktuell betrifft dies über 84.000 Menschen in Hannover, über 15 Prozent der Bevölkerung.

Folglich kann es auch nicht unser Ziel sein, Maßnahmen GEGEN Armut zu entwickeln, wenn wir gleichzeitig eingestehen müssen, dass Armut nicht grundsätzlich bekämpfbar ist. Unsere Aufgabe als Stadtverwaltung und mein Anliegen als Sozialdezernentin ist zuallererst, verdeckter Armut zu begegnen. Mir ist wichtig, dass die Sozialleistung, auf die Menschen einen Rechtsanspruch haben, auch ankommt. Auch deshalb freue ich mich über die Teilnahme von Kolleg*innen des Jobcenters, schaue aber beispielsweise auch auf den Herrn Hagen, der seit Jahren in Hannover intensiv die Werbetrommel für Wohngeldleistungen rührt und sich dabei unter anderem an Studierende, Rentner*innen, Familien, Alleinerziehende und Alleinlebende wendet.

Bei Sozialleistungen und Rechtsansprüchen können und wollen wir aber nicht stehenbleiben. Denn es geht um mehr: Es geht um Teilhabe und Zugangschancen trotz Bürgergeld, um Teilhabe trotz Grundsicherung im Alter und um Teilhabe trotz Asylbewerberleistungsbezug. Genau hier setzt der vor vielen Jahren entwickelte „Hannoversche Weg für Perspektiven von Menschen in Armut“ an. Der Hannoversche Weg umfasst elf Handlungsfelder, darunter:

- Grundbedürfnisse sichern und verdeckte Armut aufdecken
- Gesundheit fördern, Bildung stärken,
- Schlüsselkompetenzen entwickeln,
- Krisen bewältigen,
- Schlüsselräume und Schlüsselpersonen stärken.

Wie kommen wir dahin?

Wir fangen nicht bei Null an, sondern wir finden bereits heute vielfältige Ansätze, Maßnahmen und Angebote vor. Und wenn ich sage „wir“ meine ich damit ausdrücklich NICHT nur die Verwaltungen von Stadt und Region, sondern insbesondere auch die Vereine, Verbände, Initiativen, Ehrenamtlichen, die sich seit vielen Jahrzehnten für Teilhabe in Hannover engagieren. Viele von Ihnen und uns sind „Schlüsselpersonen“, denen eine wesentliche Rolle zukommt, weil Sie „nah dran“ am Leben, vor Ort präsent und gut vernetzt sind. Beim Thema Teilhabe und Zugangschancen bedarf es einer stetigen Weiterentwicklung, einer stetigen kritischen Selbstüberprüfung. Das Ziel ist niemals ein: „Weiter so“, sondern immer auch ein: Lasst uns weitergehen, gemeinsam weiterkommen.

Ich danke Ihnen allen für Ihr Engagement und Ihr Kommen und erhoffe mir von uns allen neue Impulse für MEHR Teilhabe und Zugangschancen in Hannover.

Vielen Dank!

„Wir müssen uns ehrlicherweise eingestehen, dass wir relative Armut nicht bekämpfen können.“

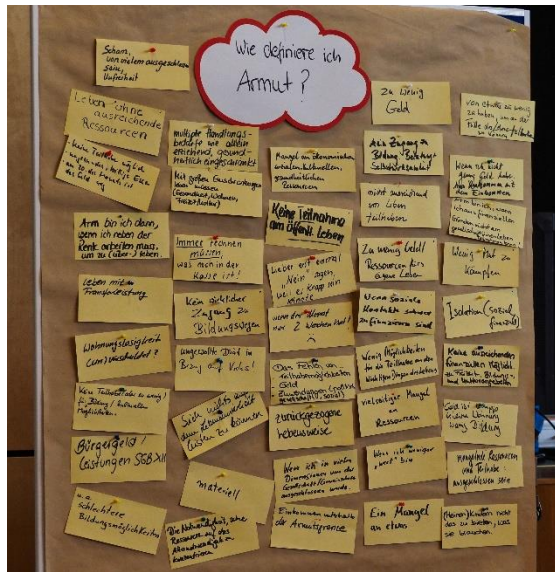
„Der „Hannoversche Weg“ für Perspektiven von Menschen in Armut setzt bei Teilhabe und Zugangschancen an.“

„Wir fangen nicht bei Null an. Aber ein „weiter so“ reicht nicht.“

„Viele von Ihnen engagieren sich teils seit Jahrzehnten für Teilhabe in Hannover.“

3. Interaktives Ankommen

„Wie definiere ich Armut / Teilhabe?“



Zu Beginn des Fachtags wurden die Teilnehmenden gebeten, Armut und Teilhabe zu definieren.

Interaktives Ankommen I:
„Wie definiere ich Armut?“

Materielle Armut: „kein Auskommen mit dem Einkommen“

Aus Sicht der Teilnehmenden bedeutet Armut, nicht ausreichend Geld zu haben für den Bedarf eines ganzen Monats. „Es reicht nur für das Allernötigste, wenn überhaupt.“ Kindern nicht das bieten zu können, was sie brauchen oder im Rentenalter arbeiten zu müssen, wird ebenfalls genannt. Ein Auskommen mit Transferleistungen, wie Bürgergeld oder Leistungen nach dem SGB XII, bedeutet aus Sicht vieler Teilnehmenden, arm zu sein. Nennungen dazu im Einzelnen sind:

- Leben ohne ausreichende Ressourcen
- Am 20. des Monats ist das Geld weg
- Arm bin ich, wenn ich neben der Rente arbeiten muss, um zu (über)leben
- Leben mit Transferleistungen / Bürgergeld / Leistungen SGB XII
- Die Notwendigkeit, seine Ressourcen auf das Allernotwendigste zu konzentrieren
- Materiell
- Sich nichts außer dem Lebensunterhalt leisten zu können
- Immer rechnen müssen was noch in der Kasse ist
- Zu wenig Geld / Ressourcen für das eigene Leben
- Wenn ich nicht genug Geld habe: kein Auskommen mit dem Einkommen
- (meinen) Kindern nicht das zu bieten, was sie brauchen
- Ein Mangel an etwas

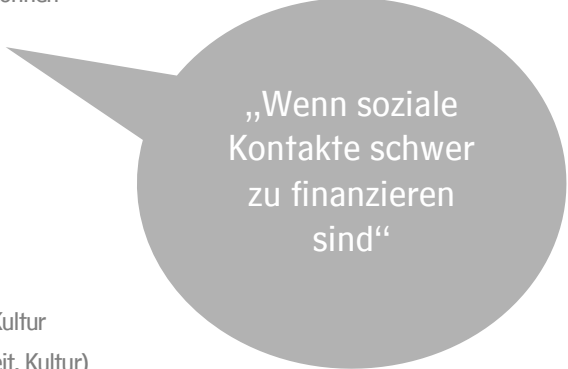
„am 20. des Monats ist das Geld weg“

„...“ungewollte Diät in Bezug auf Vieles“

Eingeschränkte Teilhabe an...“ungewollte Diät in Bezug auf Vieles“

Aus Teilnehmendensicht bedeutet arm sein, aus finanziellen Gründen nicht am gesellschaftlichen Leben teilhaben zu können. Es gibt keine ausreichenden finanziellen Möglichkeiten, um gesund zu leben, (gut) zu wohnen, für Freizeit, Bildung und Kultur. Zugänge zu Teilhabe sind schwer, wenn man arm ist und soziale Kontakte eingeschränkt, wenn das Geld fehlt. Nennungen dazu im Einzelnen sind:

- Keine Teilhabe möglich
- Ungewollte Diät in Bezug auf Vieles
- Nicht ausreichend am Leben teilhaben
- Wenig Möglichkeiten für die Teilhabe an den wichtigen Dingen des Lebens
- Mangelnde Ressourcen und Teilhabe: ausgeschlossen sein
- Arm bin ich, wenn ich aus finanziellen Gründen nicht am gesellschaftlichen Leben teilhaben kann
- Von etwas zu wenig zu haben, um an der Fülle des Lebens teilhaben zu können
- Ungesundes billiges Essen
- Wohnungslosigkeit (un)verschuldet?
- Keine Teilhabe oder zu wenig für Bildung / kulturelle Möglichkeiten
- U.a. schlechte Bildungsmöglichkeiten
- Kein wirklicher Zugang zu Bildungswegen
- Kein Zugang zu Bildung, Beratung, Selbstwirksamkeit
- (Geld ist knapp), kleine Wohnung, wenig Bildung
- Keine ausreichenden finanziellen Möglichkeiten zu Freizeit, Bildung und Kultur
- Mit großen Einschränkungen leben müssen (Gesundheit, Wohnen, Freizeit, Kultur)
- Mangel an ökonomischen, sozialen, kulturellen, gesundheitlichen Ressourcen
- Wenn soziale Kontakte schwer zu finanzieren sind
- Vielseitiger Mangel an Ressourcen



„Wenn soziale Kontakte schwer zu finanzieren sind“

Emotional

Arm zu sein, sich finanziell einschränken zu müssen, ist für viele Betroffene verbunden mit Scham und sozialer Isolation. Man zieht sich zurück oder steckt viel Energie in den Bau einer Fassade, um Armut zu verstecken. Damit einher gehen können Gefühle von „Unfreiheit“ und „weniger Wert“ zu sein. Nennungen dazu im Einzelnen sind:

- Scham; von vielem ausgeschlossen sein
- Unfreiheit
- Isolation (sozial & finanziell)
- Wenn ich weniger „wert“ bin
- Wenig Mut zu kämpfen
- Sonstiges
- Multiple Handlungsbedarfe wie alleinerziehend, gesundheitlich eingeschränkt



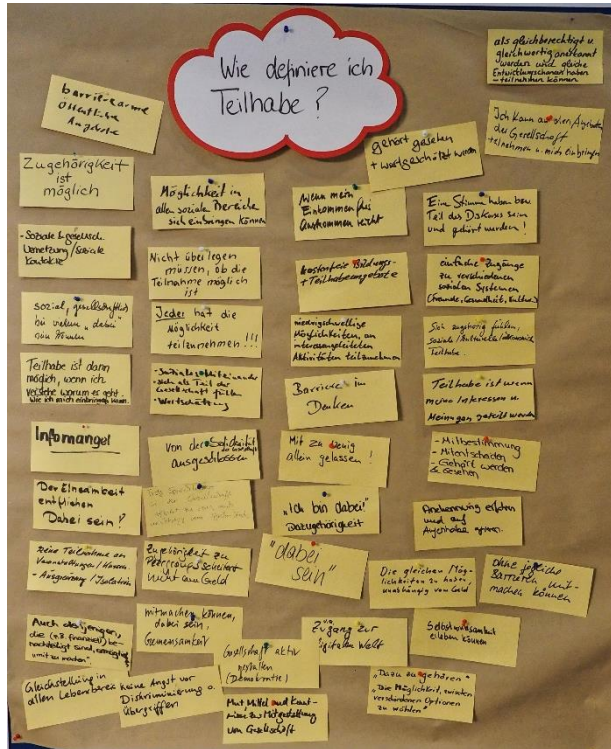
„Wenig Mut zu kämpfen“

Die Definitionen für Armut

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass sich die Teilnehmenden bei der Definition von Armut vielfach auf monetäre Aspekte fokussieren und sie ihren Blick auf die unterschiedlichen Dimensionen von Armut richten. Zum Einen knüpfen sie an bestehende Armutsdefinitionen (Unterscheidung zwischen absoluter und relativer Armut) oder die von der EU definierte Armutsgefährdungsquote an, zum anderen lösen sie sich aber auch von den vielzitierten offiziellen

Armutsdefinitionen die weltweit, bundesweit und lokal Anwendung finden. Die Definitionen zeigen, wie vielfältig die Ausprägungen von Armut sind und zeigen einmal mehr, dass das Messen von Armut über die Transferleistungsquote das Ausmaß an Armut unterschätzt.

„Wie definiere ich Teilhabe?“



Zu Beginn des Fachtags wurden die Teilnehmenden gebeten, Armut und Teilhabe zu definieren.

Interaktives Ankommen II:
„Wie definiere ich Teilhabe?“

„Mitmachen können,
dabei sein,
Gemeinsamkeit“

Dabei sein – Zugehörigkeit

Die Teilnehmer*innen des Fachtags „Armut und Teilhabe“ setzen mit ihren Definitionen „Teilhabe“ praktisch gleich mit den Aspekten „dabei sein“ und „mitmachen“. Ebenso werden „Zugehörigkeit“ und „Teil der Gesellschaft sein“ sowie „soziales Miteinander“ synonym für den Begriff „Teilhabe“ benutzt. Viele betonen, dass Teilhabechancen nicht vom sozialen Status oder von Sprachkenntnissen abhängen dürfen. Beispielhafte Einzelnennungen dazu sind:

- „Dazu zu gehören“ / „dabei sein“ / Dabei sein!- Der Einsamkeit entfliehen.
- „Ich bin dabei! – Dazugehörigkeit / Zugehörigkeit ist möglich / sich zugehörig fühlen
- Zugehörigkeit zu Peergroups scheitert nicht am Geld
- Sozial, gesellschaftlich bei vielem dabei sein können
- Soziales Miteinander / Sich als Teil der Gesellschaft fühlen
- Soziale & gesellschaftliche Vernetzung / soziale Kontakte
- Mitmachen können, dabei sein, Gemeinsamkeit
- Trotz Sprachbarriere in der Gesellschaft integriert zu sein, auch unabhängig vom sozialen Status

„Wertschätzung“

Anerkennung und gehört werden

Eine Stimme haben, gehört und gesehen werden und Wertschätzung erfahren sind per Definition der Teilnehmer*innen „Teilhabe“. Dahinter steht die Forderung nach Gleichberechtigung und der Anspruch auf gleiche Entwicklungschancen für Menschen in Armut. Nennungen dazu sind:

- Anerkennung erfahren und auf Augenhöhe agieren
- gehört werden & gesehen / gehört werden und wertgeschätzt werden
- Teilhabe ist, wenn meine Interessen und Meinungen geteilt werden
- Eine Stimme haben bzw. Teil des Diskurses sein und gehört werden
- Als gleichberechtigt und gleichwertig anerkannt werden und gleiche Entwicklungschancen haben – teilnehmen können
- Gleichstellung in allen Lebensbereichen
- Wertschätzung

Selbstwirksamkeit

Teilhabe bedeutet aus Teilnehmendensicht, an den Angeboten der Gesellschaft teilzunehmen und sich einbringen zu können. Es bedeutet auch mitentscheiden und mitbestimmen zu können. Auf diese Weise wird erlebbar, dass persönliches Handeln und Engagement etwas bewirken kann (Selbstwirksamkeit). Konkrete, beispielhafte Nennungen dazu sind:

- Gesellschaft aktiv gestalten (Demokratie)
- Mitbestimmung, mitentscheiden
- Mut, Mittel und Kenntnisse zur Mitgestaltung von Gesellschaft
- Selbstwirksamkeit erleben zu können
- Möglichkeit sich in allen sozialen Bereichen einbringen zu können
- Ich kann an den Angeboten der Gesellschaft teilnehmen und mich einbringen

„Keine Angst vor
Diskriminierung
und Übergriffen“

Zugänge zu Teilhabe

Um teilhaben zu können, braucht es aus Teilnehmendensicht Zugänge zu Systemen, Angeboten, Einrichtungen ohne Barrieren. Für Menschen ohne Geld, mit Einschränkungen und ohne Diskriminierung. Teilhaben erfordert niedrighschwellige Zugänge und die Möglichkeit zwischen Optionen wählen zu können. Immer relevanter wird hierbei auch der Zugang zur digitalen Welt (digitale Teilhabe). Beispielhafte Einzelnennungen dazu sind:

- Einfache Zugänge zu verschiedenen sozialen Systemen, Gesundheit, Kultur...
- Barrierearme, öffentliche Angebote
- Ohne jeglichen Barrieren mitmachen können
- Teilhabe ist dann möglich, wenn ich verstehe, worum es geht, wie ich mich einbringen kann
- Auch denjenigen, die (z.B. finanziell) benachteiligt sind, ermöglichen mitzumachen
- Keine Angst vor Diskriminierung oder Übergriffen
- Jeder hat die Möglichkeit teilzunehmen
- Nicht überlegen müssen, ob die Teilnahme möglich ist
- Kostenfreie Bildungs- und Teilhabeangebote
- Niedrighschwellige Möglichkeit, an interessen geleiteten Aktivitäten teilzunehmen
- Zugang zur digitalen Welt

„ohne jegliche
Barrieren mitma-
chen können“


„Zugang zur digi-
talen Welt“

- Die Möglichkeit zwischen verschiedenen Optionen zu wählen
- Die gleichen Möglichkeiten zu haben, unabhängig vom Geld
- Soziale, kulturelle, ökonomische Teilhabe
- Wenn mein Einkommen fürs Auskommen reicht

Teilhabebarrieren

Aus Teilnehmersicht werden Teilhabebarrieren genannt. Wenn Informationen über Möglichkeiten fehlen, ist Teilhabe nicht erreichbar. Wer nicht Teilhaben kann erlebt Ausgrenzung und Isolation. Einzelnennungen dazu:

- Infomangel
- Von der Solidarität der Gesellschaft ausgeschlossen sein
- Mit zu wenig allein gelassen
- Barriere im Denken
- Keine Teilnahme an Veranstaltungen, Kursen, Ausgrenzung, Isolation



„Barrieren im Denken“

4. Armut in der Landeshauptstadt Hannover: Zahlen, Daten, Fakten



Elke Saueremann, Koordinationsstelle Sozialplanung

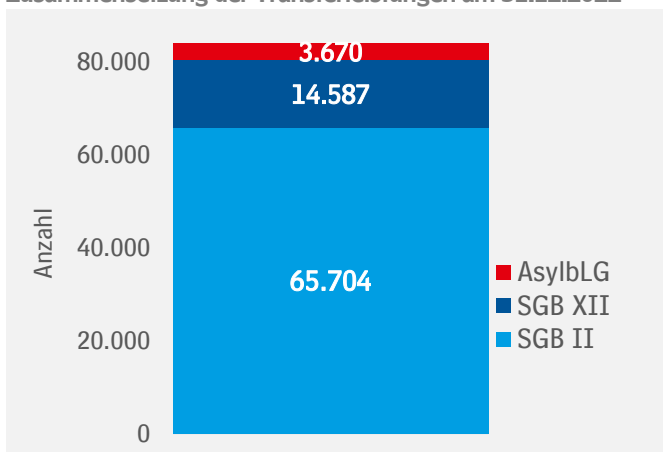
Die Koordinationsstelle Sozialplanung stellte vor, welche und wie viele Personen in Hannover zählbar von Armut betroffen sind und machte auf die hohe Dunkelziffer von Armutsbetroffenen aufmerksam, die in keiner Statistik zu finden sind.

In Hannover gilt als zählbar arm, wer **Transferleistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts** erhält. Dies ist die Definition, die auch in vielen anderen Kommunen verwendet wird. Mit einem Armutsmonitoring berichtet die Koordinationsstelle Sozialplanung jährlich über Anzahl und Struktur der Transferleistungsbeziehenden. Grundlage der folgenden Zahlen, Daten und Fakten ist das Armutsmonitoring 2023 ([LINK](#)).

„Zählbare“ Menschen in Armut

Transferleistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts summieren sich aus drei Leistungsarten:

Zusammensetzung der Transferleistungen am 31.12.2022



Quelle: Statistiken der

Bundesagentur für Arbeit; Landeshauptstadt Hannover, Sachgebiet Wahlen und Statistik

Zählbare Armut ist eine unterschätzte Armut

Transferleistung zur Sicherung des Lebensunterhalts unterschätzen das Ausmaß an Armut: Neben Transferleistungsbeziehenden gibt es viele weitere Gruppen, die sich finanziell erheblich einschränken müssen. Dies sind zum Beispiel

- viele der Studierenden und Rentner*innen oder Haushalte, die weitere Sozialleistungen beziehen, zum Beispiel Kinderzuschlag.
- Dunkelziffer: Menschen, die trotz Rechtsanspruchs keine Leistungen in Anspruch nehmen, beispielsweise aus Scham, Überforderung oder wegen fehlender Informationen.
- Menschen, die als absolut arm gelten und auf der Straße leben und zugleich keine Sozialleistungen beziehen
- alle ohne Rechtsanspruch auf eine der Sozialleistungen.

Transferleistungsbeziehende müssen sich nicht als arm empfinden - Umgekehrt können sich Menschen mit einem Erwerbseinkommen, das oberhalb des Rechtsanspruchs liegt als deutlich ärmer empfinden.

Dunkelziffer

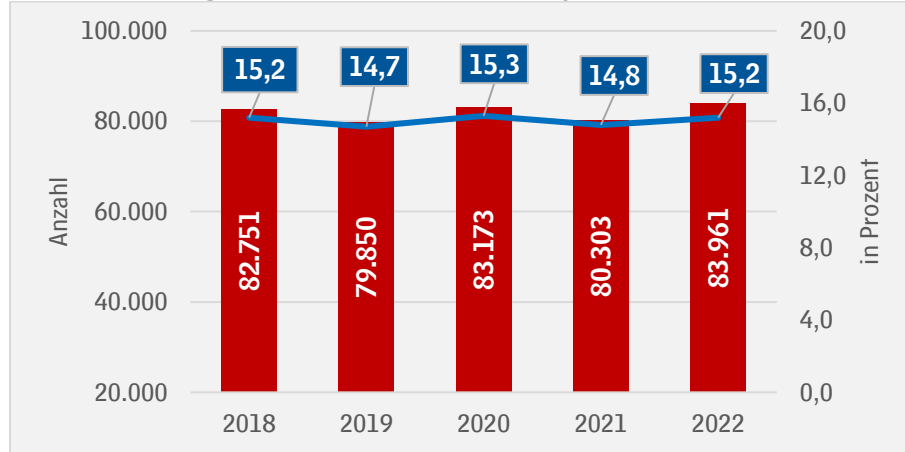


Blick ins Plenum

Zahlen, Daten, Fakten

Knapp 84.000 Personen in der Stadt Hannover erhielten am 31.12.2022 Transferleistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts. Dies sind 15,2 Prozent der Bevölkerung, also jede*r Sechste.

Armutsentwicklung 2018 bis 2022 in der Landeshauptstadt Hannover



Quelle: Statistiken der Bundesagentur für Arbeit; Landeshauptstadt Hannover, Sachgebiet Wahlen und Statistik

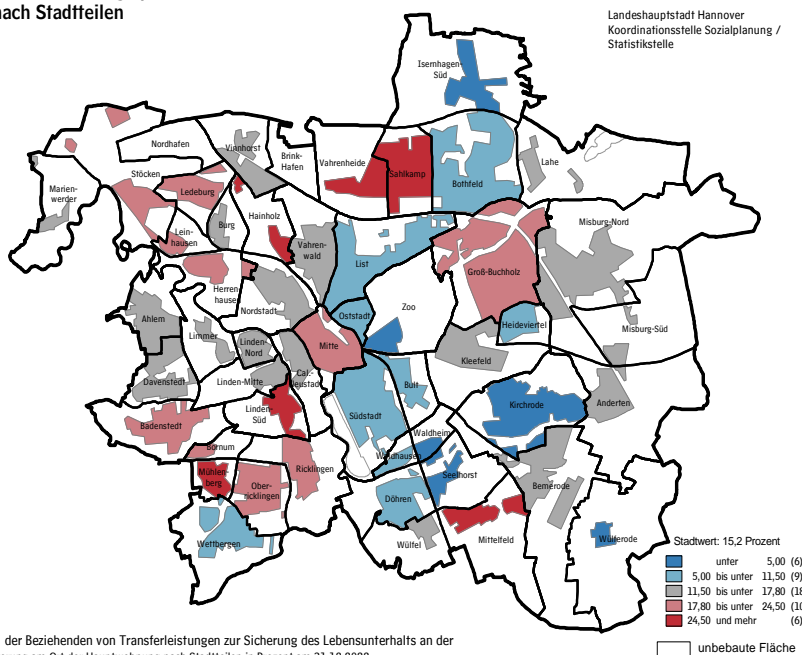
Bis zum Jahr 2019 sanken Armutszahlen und -quoten aufgrund guter konjunktureller Entwicklung. Im Jahr 2020 gab es coronabedingt einen sehr deutlichen Anstieg der Armutsbevölkerung, der im Jahr danach erfreulicherweise wieder gesunken ist. Von 2021 bis 2022 erfolgte ein weiterer Anstieg um mehr als 3.600 Personen. Dieser lässt sich mit dem Angriffskrieg auf die Ukraine und den Zuzug Geflüchteter von dort erklären.

Knapp 84.000 Menschen in Hannover leben ausschließlich oder teilweise von Transferleistungen. Das sind 15,2 Prozent der Bevölkerung.

Stadtteilunterschiede

Armut verteilt sich nicht gleichmäßig über das Stadtgebiet. Zwischen den 51 Stadtteilen gibt es erhebliche Unterschiede in der Armutsbetroffenheit.

Transferleistungsquote nach Stadtteilen



Anteil der Beziehenden von Transferleistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts an der Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung nach Stadtteilen in Prozent am 31.12.2022
Quelle: Landeshauptstadt Hannover, Sachgebiet Wahlen und Statistik, Statistiken der Bundesagentur für Arbeit

Armut - hier gemessen über Transferleistungsquoten - ist sehr ungleich über die Stadt verteilt.

Kinderarmut

Der Verlauf, den Kinderarmut in den letzten Jahren genommen hat, ist dem in der Gesamtbevölkerung sehr ähnlich. Nur auf ganz anderem Niveau! Mehr als jedes 4. Kind oder Jugendlicher gilt in Hannover als arm.

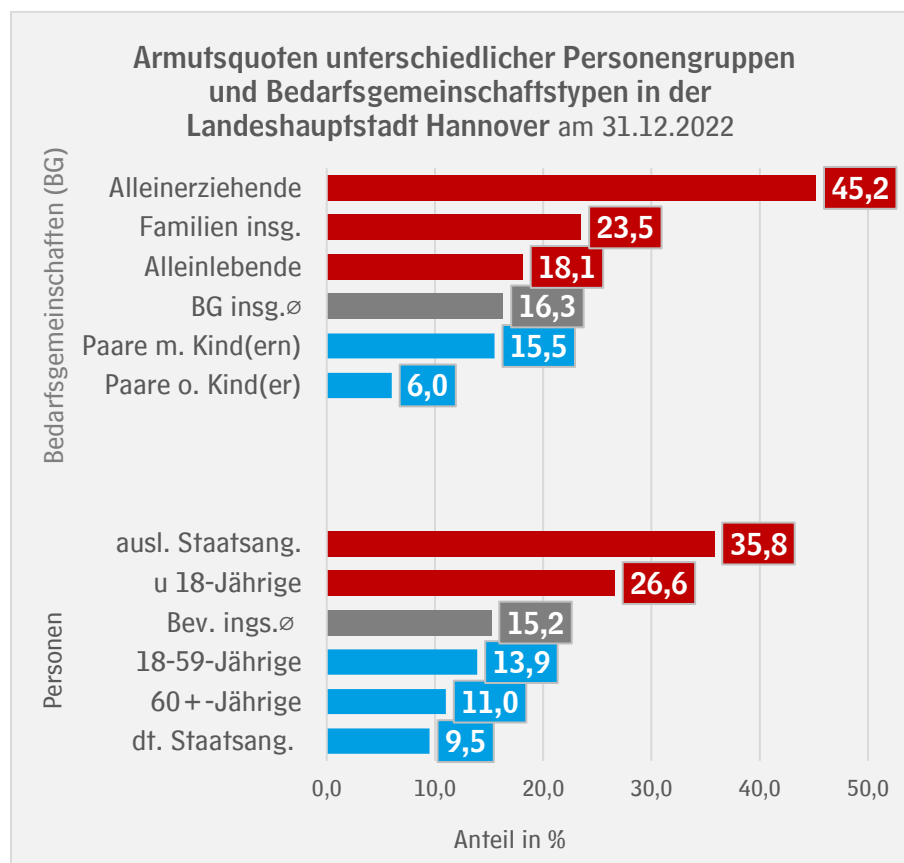
Altersarmut

Die Armutsquote von Senior*innen liegt mit 11 Prozent unter dem städtischen Durchschnitt. Aber:

- Altersarmut steigt stetig an, seit 2018 um 2.200 Personen. Und diese Entwicklung setzt sich fort, allein durch die demografische Alterung.
- Und: In dieser Altersgruppe ist von einer erheblichen Dunkelziffer auszugehen.

Armutsbetroffenheit im Überblick

Betroffenheit von Armut lässt sich statistisch nach vielen Merkmalen differenzieren: Wie alt ist eine Person, welche Staatsangehörigkeit hat sie, ist sie alleinstehend oder lebt als Familie. Die folgende Abbildung gibt einen Überblick.



Quelle: Statistiken der Bundesagentur für Arbeit; Landeshauptstadt Hannover, Sachgebiet Wahlen und Statistik

rot: überdurchschnittlich betroffene Gruppen:

- Allein- und Getrennterziehende
- Familien insgesamt
- ausländische Staatsangehörige
- Kinder & Jugendliche

blau: unterdurchschnittlich betroffene Gruppen

Diese Strukturen bestehen seit Jahrzehnten – wenn auch mit Niveauänderungen. Und in dieser Form nicht nur in Hannover. Man kann somit von einer strukturellen Dimension der Armut sprechen.

D

5. „Armut“ und „Teilhabe“ - eine Arbeitsdefinition

Mit Blick auf die eingangs erfragten Definitionen von Armut und Teilhabe schlägt die Koordinationsstelle Sozialplanung folgende Arbeitsdefinition vor, die als eine Grundlage für die Arbeit in den Workshops und für die weitere Diskussion des Tages von den Teilnehmenden angenommen wurde:

1. Wir nehmen alle in den Blick, die aus materieller Armut nicht teilhaben können.
2. Wir schauen auf alle Dimensionen von Armut, die sich in eingeschränkter Teilhabe widerspiegeln, zum Beispiel, Teilhabe an Bildung & an Arbeit, an Wohnen & an Gesundheit, an Freizeit & Digitalisierung, an Mobilität & anderes.
3. Der Fachtag umfasst alle Teilhabedimensionen, alle Gruppen in Armut, von jung bis alt, von Alleinerziehend bis alleinlebend, von Familie bis kinderlos, alle Stadtteile und Quartiere.
4. Wir blenden folglich nichts aus, wir meinen ALLE: die Zählbaren, die nicht Zählbaren, die verdeckt Armen, und die gefühlt Armen.



Moderatorin: Dunja Rose

6. Kurzinterviews mit Praktiker*innen aus der „Quartiers- und Beratungsarbeit“

Wie und auf welche Weise wird Armut in der sozialen Arbeit sichtbar? Auf welche Alltagshürden stoßen Armutsbetroffene? Welche Teilhabeansätze werden als wirksam erlebt? Auf welche strukturellen (kommunalen) Hürden stoßen Armutsbetroffene und/oder Akteur*innen?

Hierzu interviewt Moderatorin Dunja Rose fünf Praktiker*innen aus der Quartiers- und Beratungsarbeit, die einerseits exemplarisch für unterschiedliche von Armut betroffene Zielgruppen stehen und andererseits eine Auswahl der Vielfalt von Handlungsfeldern und Teilhabeansätzen widerspiegeln.



Pausengespräche





Laura Ihle leitet seit 2017 das NaDu Kinderhaus des Vereins SPATS e.V. im Stadtteil Sahlkamp

Das NaDu Kinderhaus ist eine offene Kinder- und Jugendeinrichtung für alle von 6- bis 16 Jahren. Es bietet sinnvolle Freizeitgestaltung durch niedrigschwellige Angebote an. Es ist ein sicherer Ort und ein geschützter Raum in einem stabilen Betreuungsrahmen. Das NaDu-Kinderhaus legt einen besonderen

Schwerpunkt auf Partizipation, Demokratielernen und Empowerment.

Frau Ihle, wie erleben Sie Kinder- und Jugendarmut im Nadu-Kinderhaus bzw. in Ihrem Stadtteil?

Das Quartier Sahlkamp-Mitte hat einen hohen Anteil an Kindern & Jugendlichen und Familien in Armut. Armut wirkt sich auf vielen Ebenen aus, die direkt sichtbarste ist die schlechte Wohnsituation der Familien.

Baulich zeichnet sich das Quartier durch viel günstigeren Wohnraum aus, der eher als vernachlässigt bezeichnet werden kann. Trotz schlechter Wohnumstände sind aber quasi alle Wohnungen belegt, teils überbelegt und viele Familien teilen sich recht kleine Wohnungen mit vielen Angehörigen. Kinder und Jugendliche haben wenig RAUM für sich. Sie haben auch wenig finanzielle Möglichkeiten, um Angebote außerhalb ihres Zuhauses zu nutzen.

Welche Hürden verhindern Teilhabe von Kindern und Jugendlichen in Armut?

Angebote sind oft nicht bekannt. Kinder und Jugendliche verlassen ihr Quartier selten, fahren nur mal in die Innenstadt. Aber nicht zu Angeboten außerhalb des Stadtteils. Sie sind schlechter vernetzt, zum Beispiel weniger in Sportvereinen oder anderen Verbänden aktiv. Einigen Familien ist es auch unangenehm sich als „arm“ zu outen und Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Angebote sind oft nicht bekannt.

Welche Potentiale/Anfasser bietet das Nadu-Kinderhaus für Teilhabe?

Das Kinderhaus ist im Innenhof der Bebauung für viele sichtbar. Die Wege dorthin sind kurz. Es gibt quasi keine Hürden, um teilzunehmen. Die Angebote sind nahezu alle kostenlos und es ist keine Anmeldung durch die Eltern erforderlich. Jede*r ist willkommen, das NaDu ist ein zweites Zuhause für viele.

„Viele Familien teilen sich recht kleine Wohnungen mit vielen Angehörigen. Kinder und Jugendliche haben wenig RAUM für sich.“

„Kinder und Jugendliche verlassen ihr Quartier selten.“

„Die Wege zum Kinderhaus sind kurz.“

Es kommen Kinder ab dem Grundschulalter. Auch Jugendliche über viele Jahre. Weil das Kinderhaus nah dran ist, entsteht Vertrauen und Beziehung. Beziehungsarbeit ist ein wichtiger Faktor, um Teilhabe zu ermöglichen. So erreichen wir auch Kinder und Jugendliche, die eher bildungsfern aufwachsen und stärken sie in ihrer Persönlichkeitsentwicklung.

Ebenfalls wichtig ist, sensibel und flexibel mit den vorhandenen Bedingungen umzugehen, um Angebote umzusetzen, die den Möglichkeiten der Zielgruppe gerecht werden. Wir haben beispielsweise im vergangenen Jahr die Teilnahme an einem Schwimmkurs für Kinder und Jugendliche organisiert und von der Planung über die Finanzierung und Betreuung alles übernommen, sodass keine Hürden entstanden.

„Beziehungsarbeit
ist ein wichtiger
Faktor.“





Liridona Idrizi ist seit März 2022 Stadtteilmutter im Familienzentrum Nieschlagstraße

Stadtteilmütter und -väter sind ein muttersprachliches Angebot in hannoverschen Familienzentren. Sie sind **Ansprechperson** für Familien vor Ort, ermöglichen Zugänge zu sozialer und kultureller Teilhabe für Familien im Stadtteil und fördern die Verbesserung von Bildungschancen. Sie unterstützen bei der Entwicklung von bedarfsgerechten Angeboten.

Frau Idrizi, wie erleben Sie Familien in Armut?

Im Alltag fehlt es an Geld, zum Beispiel für ein Kinderbett. Familien in Armut können nicht ins Café gehen und auf dem Spielplatz können die Kinder kein Eis am Eisauto bekommen. Viele Familien verstecken ihre Armut. Armut bedeutet Stress für sie, weil das Umfeld die Armut nicht bemerken soll. Es wird eine Fassade aufgebaut und es erfordert ganz viel Kraft diese aufrecht zu erhalten. Gute Kleidung, modisch gekleidet und gepflegt zu sein, ist dabei wichtig. Die Veranstaltung im Familienzentrum sind kostenlos. Das muss man ganz groß und fett schreiben und auch allen sagen. Einige armutsbetroffene haben Bedenken, die Angebote zu besuchen. Die anderen Familien könnten glauben, dass man die kostenlosen Angebote nutzt, weil man arm ist.

„Armut bedeutet Stress, weil das Umfeld die Armut nicht bemerken soll.““

Sie sind als Stadtteilmutter eine Vertrauensperson für Familien! Frau Idrizi, wie gelingt Ihnen das?

Es braucht ganz viel Zeit zum Aufbau einer Beziehung. Und einen Ort, wo Eltern sich dazugehörig fühlen können. Das ist bei uns das Elterncafé. Familien in Armut brauchen jemanden, dem sie sich anvertrauen können und eine Anlaufstelle für Fragen aller Art. Das sind zum Beispiel Fragen zu Leistungen, die den Familien zustehen. Die Stadtteilmütter sind solche Personen. Darum geht es bei Teilhabe.

Ist es wichtig oder hilfreich, wenn Stadtteilmütter den armutsbetroffenen Familien in unterschiedlichen Sprachen begegnen können? Oder dass Stadtteilmütter selbst eine Einwanderungsgeschichte haben?

Das Konzept der Stadtteilmütter sieht vor, dass diese selbst eine Einwanderungsgeschichte haben und andere Sprachen sprechen. Wenn man mit den Eltern in ihrer Sprache sprechen kann, erreicht man sie besser. Viele Probleme können auf Deutsch gar nicht formuliert werden. Es ist gut, wenn man die kulturellen Hintergründe der Eltern kennt.





Lydia Köhler, seit November 2023 bei der Landeshauptstadt Hannover im Fachbereich Senioren, Sachgebietsleitung, Projektkoordination, begleitende Dienste, Einzelfallhilfe, Krisenintervention.

Schwerpunkt: Begleitende Dienste, Einzelfallhilfen als Krisenintervention des kommunalen Seniorenservice,

Unterstützung, Beratung, individuelle Hilfe für Senior*innen.

Zielgruppe: Menschen ab 60 Jahren in krisenhaften Lebenssituationen.

„Armut ist meist nicht der eigentliche Anlass für den Erstkontakt. Armut zeigt sich oft erst im Gespräch.“

1. Frau Köhler, wie finden die Menschen zu Ihnen? Auf welche Weise kommt das Thema „Armut“ bei Ihnen an?

Armut ist oft nicht der primäre Anlass für einen Erstkontakt. Meist sind es Nachbar*innen, Angehörige, Polizei, Rettungsdienst, Feuerwehr, Ehrenamtliche oder Andere wie beispielsweise Kolleg*innen aus dem Sozialamt, die Kontakt zu uns aufnehmen, weil sie zum Beispiel überquellende Briefkästen, eine beginnende Demenz, Pflegebedürftigkeit oder eine Überforderung bei den Senior*innen feststellen. Manchen fällt auf, dass der Senior/die Seniorin verwahrlost oder desorientiert wirkt. Oft zeigt sich uns erst im Kontakt und im Gespräch mit den Senior*innen, dass Armut auch ein großes Problem darstellt. Häufig können Miete und Stromkosten nicht mehr bezahlt werden und die Schuldenfalle wird dadurch von Monat zu Monat größer. Oder aber, die Rente reicht am Ende des Monats nicht mehr, um den Kühlschrank zu füllen. Sehr häufig unterstützen wir dann zum Beispiel bei der Antragstellung rund um Grundsicherung im Alter, Wohngeld oder haben die Möglichkeit, den Senior*innen über Spenden zu helfen.

„Viele wissen nicht, dass sie ihre geringe Rente durch Grundsicherung im Alter aufstocken können oder sind abgeschreckt von den Formularen.“

2. Auf welche Alltagschürden stoßen Senior*innen in Armut?

Wir erleben in vielen Fällen eine Überforderung im Alltag. Viele Senior*innen schämen sich, staatliche Transferleistungen in Anspruch zu nehmen, da sie oftmals ein Leben lang gearbeitet haben und nie auf Unterstützung angewiesen waren. Oftmals wollen sie ihre prekäre finanzielle Situation auch vor Angehörigen und Freunden verschweigen – aus Scham. Viele wissen jedoch auch nicht, dass sie ihre geringe Rente durch Grundsicherung im Alter aufstocken können oder lassen sich von dem Antrag und den ganzen Dokumenten, die beigefügt werden müssen abschrecken. Diese Anträge sind schon für Fachkräfte oft schwer zu verstehen, dann natürlich erst recht für lebensältere Menschen. Zudem ist die Hürde immens hoch, sobald die Person körperlich eingeschränkt ist und nicht mehr mobil. Auch die Digitalisierung ist ein großes Hindernis, da der Großteil der Senior*innen damit schlicht überfordert ist und oftmals keine Hilfe zur Verfügung steht.

3. Auf welche Weise unterstützt die Einzelfallhilfe/Krisenintervention des Fachbereichs Senior*innen?

Einer/eine der 8 Kolleg*innen aus der Einzelfallhilfe nimmt Kontakt zu dem lebensälteren Menschen auf und vereinbart einen Hausbesuch. Hier wird erstmal geschaut, welchen Hilfebedarf es gibt, aber vor allem auch, ob der Senior/Seniorin die Hilfe annehmen möchte, denn diese ist freiwillig und kann auch abgelehnt werden. Dann wird priorisiert, welche der Unterstützungsleistungen zunächst am notwendigsten ist. Meist geht es um die existenzielle Absicherung, die zunächst geklärt werden muss. Oftmals müssen auch Energieschulden abgewendet werden, ein Pflegegrad beantragt, eine Haushaltshilfe organisiert werden, oder eine ärztliche Untersuchung muss durch die Kolleg*innen angeschoben werden. In manchen Fällen, leider werden es immer mehr, müssen auch vermüllte Wohnungen durch Firmen entrümpelt und



grundgereinigt werden.

In anderen Fällen muss eine rechtliche Betreuung angeregt werden, da der lebensältere Mensch sich nicht mehr um sich kümmern kann oder in der Lage ist, Entscheidungen für sich zu treffen.

„Die Kolleg*innen unterstützen bei Anträgen zur existenziellen Absicherung, bei Energieschulden, aber auch beim Antrag auf einen Pflegegrad.“

Moderatorin Dunja Rose interviewt Lydia Köhler

Der Einsatz der Kolleg*innen sollte möglichst eine kurze Intervention sein, die sich jedoch aufgrund der Komplexität der Fälle auch mehrere Monate hinziehen kann. Ist eine Krise im besten Fall überwunden, können ehrenamtliche Helfer*innen eingesetzt werden, die mit den Senior*innen in Kontakt stehen, sie besuchen, begleiten und sie beispielsweise als Formularlotse beim Ausfüllen von Anträgen unterstützt oder als Handwerkerdienst eine Regal anbringt.





Melanie Schlöndorf, seit ca. 2 Jahren Koordinatorin für das Angebot RE_StaRT, zuständig für die gesamte Region Hannover, angestellt bei der Zentralen Beratungsstelle der Diakonischen Werk Hannover gGmbH.

Träger Re_StaRT: Diakonisches Werk Hannover gGmbH, Karl-Lemmermann-Haus e.V., SeWo e.V., Werkheim e.V. und Diakonieverband Hannoverland.

Zielgruppe: Menschen in sozialen Notlagen wie (drohender) Wohnungsverlust.

Schwerpunkt: Ambulantes kostenfreies Angebot für Menschen in sozialen Notlagen in der Region Hannover. Beratung von Menschen in sozialen Notlagen wie (drohender) Wohnungslosigkeit, sozialen und / oder finanziellen Schwierigkeiten, Unterstützung bei Behörden (u. a. Jobcenter, Bürgeramt). Vermittlung an ambulante und stationäre Einrichtungen Gesundheitswesen, Schuldnerberatung, Rechtsberatung etc.

1. Frau Schlöndorf, wie finden die Menschen zu Ihnen? Auf welche Weise kommt das Thema „Armut“ bei Ihnen an?

Menschen können sich an uns wenden, wenn sie von Wohnungslosigkeit bedroht oder bereits wohnungslos sind, wenn sie in sozialen und/oder finanziellen Schwierigkeiten sind und nicht wissen, wer für ihr Anliegen zuständig ist und bisher noch keinerlei anderweitige Unterstützung bekommen. Oft sind es nicht die Betroffenen selbst, die sich an uns wenden, sondern deren Angehörige, Nachbar*innen, Vermieter*innen, Hausverwaltungen oder auch Beratungsstellen, Frauenhäuser, Notunterkünfte oder Tagesaufenthalte. Wir erleben ein Konglomerat an Problemlagen: Mietschulden, Hausgeldschulden, Räumungsklagen, gesundheitliche Probleme, Krankheiten mit Folge einer Erwerbsunfähigkeit etc.

2. Auf welche Alltagshürden stoßen die Menschen, die zu Ihnen kommen?

Wir erleben zunehmend mehr Menschen, die ihr Leben lang weit entfernt von Armut waren und jetzt von Armut oder Wohnungslosigkeit bedroht sind, weil die Mieten, die Nebenkosten, das Hausgeld oder die Kreditzinsen steigen. Wohnungsvermittlungen finden sehr selten statt oder scheitern an den Mietobergrenzen der Jobcenter. Ferner beobachten wir eine Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt, weil Menschen, die digital nicht teilhaben können bei der Wohnungssuche nahezu ausgeschlossen werden. Ferner gibt es individuelle Hürden, wie Schufa-Einträge oder nicht ausreichende Deutschkenntnisse, die einen Wohnungserhalt verhindern können. Eine Beratung in der passenden Sprache ist daher hilfreich, ebenso die Zusammenarbeit mit Schuldnerberatungsstellen.

„... ein Konglomerat an Problemlagen: Mietschulden, Räumungsklagen, gesundheitliche Probleme, Erwerbsunfähigkeit.“

„Wir erleben zunehmend mehr Menschen, die ihr Leben lang weit entfernt von Armut waren und jetzt von Armut oder Wohnungslosigkeit bedroht sind.“

3. Auf welche strukturellen (kommunalen) Hürden stößt Re-Start?

Re_StaRT bietet selbst eine flexible Unterstützungsform, die auf Freiwilligkeit, Neutralität und Niedrigschwelligkeit beruht. Das Angebot ist kostenlos und unbürokratisch (antragsfrei). Wir wollen keine Doppelstrukturen aufbauen, sondern vermitteln an bestehende Angebote. Beratungsstellen verweisen manchmal ihrerseits an uns, dabei sollte es umgekehrt sein. Unsere Aufgabe und Rolle ist es daher auch, gelegentlich zu „motzen“. Wir wünschen uns mehr Zusammenarbeit, Netzwerke und Ressourcen, gerade auch mit den Quartieren. Mehr Zusammenarbeit ist geplant.

Melanie Schlöndorf im Interview

„Wir wünschen uns mehr Zusammenarbeit, Netzwerke und Ressourcen, gerade auch mit den Quartieren.“





Kai Giebe, seit 2019 in der Gemeinwesenarbeit in List Nordost.

Ziel: Lebensqualität der Menschen in den Stadtteilen verbessern, soziale / kulturelle Infrastruktur, Teilhabe und Selbstermächtigung fördern. **Kontakt- und Anlaufstelle** in Gebieten mit besonderem sozialen Handlungsbedarf. **Bedarfsanalyse** im Quartier, Erarbeitung & Umsetzung neuer Konzepte, Stärkung & Unterstützung von Kooperationen und Vernetzung. **Aktivierung** und Gewinnung von Ehrenamtlichen.

Ziel: Lebensqualität der Menschen verbessern, soziale und sozialkulturelle Infrastruktur fördern.

1. Herr Giebe, auf welche Weise kommt das Thema „Armut“ bei Ihnen an?

Gemeinwesenarbeit ist in Gebieten mit „besonderem sozialen Handlungsbedarf“ angesiedelt. In meinem Fall ist dies ein Quartier innerhalb der List. Dieser Stadtteil wird gesamt gesehen nicht als armutsgefährdend wahrgenommen. Daran wird gut erkennbar, dass Armut teils nur kleinräumig beobachtbar ist. Das Quartier, für das ich zuständig bin, entsprach bzw. entspricht dem, was als sog. Ankunftsquartiere beschrieben wird. Ein internationaler Ort mit in der Vergangenheit eher „geringeren“ Mieten. Heute sind die Grundmieten hier nach wie vor zum Teil vergleichsweise niedrig, es ist eher der weiter steigende Anteil der Nebenkosten, die manchen Mieter*innen das „Genick brechen“. Das Quartier ist ferner gekennzeichnet durch anonymes Wohnen und wenig Fluktuation, Menschen bleiben lang hier, u.a. in Ermangelung von Wohnalternativen.

„Gemeinwesenarbeit ist in Gebieten mit „besonderem sozialen Handlungsbedarf“ angesiedelt.“

2. Auf welche Hürden stoßen die Menschen in Ihrem Quartier?

Ich erlebe, dass Sprache einerseits und Unkenntnis des Systems andererseits eine häufige Hürde unter eingewanderten Menschen ist. Wenn die Alternative zwischen „Job“ und „Sprachkurs“ besteht, wählen viele bevorzugt die Arbeit, oft im Niedriglohnsektor, um schnellstmöglich Geld zu verdienen, zum Beispiel, weil Kredite bestehen und/oder die Einwanderungssituation eine Verschuldung ausgelöst hat. Auch ein Studium oder eine Ausbildung sind oft KEINE Alternative, weil diese ein schnelles Einkommen verhindern. „Fünfjahrespläne“ sind kaum vorstellbar, wenn es beispielsweise an (Bleibe-) Perspektiven mangelt oder Menschen aus diversen Gründen von Tag zu Tag denken und planen müssen. Hinzu kommt, dass der Zugang zu hiesiger Bildung (strukturell) erschwert wird bzw. das Bildungssystem überfordert und teilweise wenig flexibel ist. Im Quartier ist häufig zu beobachten, dass in Familien, wo die Eltern in erster Generation hier leben, der Fokus auf den Perspektiven der Kinder als auf den eigenen liegt. Allerdings sind viele Eltern mit dem Bereich Schule / Bildung so sehr überfordert, dass die Verantwortung darüber oft komplett an die Institutionen und nicht zuletzt die Kinder selbst abgegeben wird.

„Sprache einerseits und Unkenntnis des Systems andererseits sind eine häufige Hürde unter eingewanderten.“

3. Welche Potentiale bietet Gemeinwesenarbeit beim Thema Armut & Teilhabe?

Gemeinwesenarbeit (GWA) hat u.a. einen Bildungsauftrag, welcher gesamtheitlich zu verstehen ist. Zwar ist die Selbstermächtigung der Menschen eines der Ziele von GWA, allerdings ist nicht zuletzt Armut ein entscheidender Faktor, der genau in starker Konkurrenz dazu steht. Deshalb agiert GWA aus meiner Sicht häufig in einer Art „anwaltschaftlichen“ Funktion, um beispielsweise Interessen- oder Problemlagen von vulnerablen Gruppen an anderen Stellen der Öffentlichkeit zu vertreten. Dabei geht es nicht zu Letzt um die Sensibilisierung von „sozialen Problemen und Lebenswelten“ und ggf. einen dazugehörigen Perspektivwechsel. Die Kommunikation und Vernetzung – zum Beispiel in andere Bereiche der Stadtverwaltung und Bezirksräten – gehört dabei zur Kernaufgabe.

„Gemeinwesenarbeit agiert aus meiner Sicht „anwaltschaftlich“, auch um Interessen- oder Problemlagen in der Öffentlichkeit zu vertreten.“



**HAN
NOV
ER** 

7. Workshops

In vier parallelen Workshops diskutierten die Teilnehmenden entlang der Fragestellungen:

Armut & Teilhabe in Hannover....:

- a) Was läuft gut in Hannover?
- b) Was können wir noch verbessern und was sind die aktuell dringendsten Handlungsbedarfe beim Thema Armut und Teilhabe in Hannover?
- c) Wie können wir Stärken stärken? Wie kann es gelingen, aus Schwächen Chancen erwachsen zu lassen? Was können wir voneinander lernen?

Parallele Workshops

Im Folgenden werden die Diskussionen und Wortbeiträge der vier Workshops möglichst realitätsnahe zusammengefasst. Im Hinblick auf größtmögliche Transparenz kann es an verschiedenen Stellen zu inhaltlichen Dopplungen und Mehrfachnennungen kommen.

a) Armut und Teilhabe in Hannover: Was läuft gut?

Die Teilnehmenden wurden in den vier verschiedenen Workshops mithilfe einer stillen Kartenabfrage eingeladen aufzuschreiben, was in Hannover beim Thema Armut und Teilhabe gut läuft. Gemeinsam mit den Teilnehmenden wurden die Karten anschließend diskutiert und in folgende Themenschwerpunkten zusammengefasst:

Was läuft gut in Hannover beim Thema Armut und Teilhabe?

Sensibilisierung & formulierter Wille zur Zielerreichung

Hannover ist ein sozialer Lebensraum: Der Stadtgesellschaft in Hannover wird in allen vier Workshops ein großer Wille attestiert, etwas bewegen zu wollen. Beispielhafte Aussagen dazu:

- Hohe & gute Ziele im Blick der Politik & Verantwortlichen
- Hohes Bewusstsein für Armut (viele Ansätze/ Initiativen gegen Armutsfolgen)
- Sensibilität für das Thema steht bereits im Zentrum der Politik
- Armutsbericht und Monitoring: gute Grundlage und Sensibilisierung
- Das Bewusstsein, Straßenobdachlosigkeit beenden zu wollen, ist ein guter Anfang.
- Landeshauptstadt Hannover als sozialer Lebensraum
-

Unterstützungsangebote und Beratung, Vielfalt der Angebote

Positiv bewerten die Teilnehmenden die Angebotsvielfalt für Menschen in Armut und das Engagement der Einzelnen, diese Angebote durchzuführen. So vielfältig wie das Angebot war die Themenbreite der Wortbeiträge. Von Angeboten für Kinder und deren Familien, der Wirksamkeit des HannoverAktivPass und des Bildungs- und Teilhabepakets, über quartiersbezogene Konzepte bis hin zur Umsetzung von Angeboten in anderen Sprachen. Beispielhafte Aussagen dazu:

- Angebote für Kinder und Angehörige (Familienzentren, offene Angebote)
- Es gibt viele /vielfältige Angebote und viele gute Ideen für weitere
- Bildungs- und Teilhabepaket (BuT) & HannoverAktivPass (HAP) / HAP ohne Antrag
- Familienzentren als niederschwellige, vertrauensvolle Angebote vor Ort (und gut zu erreichen) / Konzept Familienzentren
- Gesamtangebot im Jobcenter (Beratung in dem Kontext, BuT, Maßnahmen)
- eigener Fachbereich Senioren und „Teilhabe“ als Fachbereichstitel

„Hannover fokussiert aus meiner Sicht durchaus sehr intensiv auf das Thema Kinderarmut. [...] z. B. der Hannover-AktivPass sind durch die Zielgruppe gut angenommen.“

- Angebote, zunehmend auch in anderen Sprachen, sowie in leichter Sprache – Angebot nimmt zu aber noch nicht vollumfänglich
- Kommunale Gemeinwesenarbeit
- Aufsuchendes systemisches Familiencoaching
- Engagierte Kolleg*innen, Angebote zu schaffen, bzw. anzubinden
- Fachlichkeit der Mitarbeiter KSH

-

Teilhabe durch finanzielle Entlastung: Konkrete Beispiele

Ganz konkret erhalten Menschen in Armut teils finanzielle Entlastung durch kostenfreie oder kostenreduzierte Angebote für mehr gesellschaftliche Teilhabe trotz Armut. In den Workshops wurden hierzu mehr als ein Dutzend einzelne Angebote benannt: vom „Museumsfreitag“, über „Sport im Park“ und „SPIELZEIT“, bis hin zum Üstra-Sozialtarif oder das beitragsfreie KiTa-Jahr. Beispielhafte Aussagen dazu:

- HannoverAktivPass reduziert Teilnahmegebühren
- Beitragsfreies KiTa-Jahr
- Preisobergrenze für Schulmittagsessen – finanzielle Unterstützung per Ratsbeschluss
- Musikschule mit Möglichkeit, kostenlos Musikinstrument zu erlernen
- Üstra-Sozialtarif (oben genannt)
- Kostenloser Museumsfreitag
- Kostenloser Üstra-Begleitservice für Menschen mit Behinderung
- Viele kostenfreie (Beratungs-) Angebote, z.B. Bib online, Migranten-Eltern-Netzwerk
- Barrierearme, kostenfreie Angebote im unmittelbaren Wohnumfeld
- Sport im Park
- Kostenloses Familienangebot SPIELZEIT
- Kostenloses Frühstück für Schüler*innen IGS Stöcken
- Gelder werden für Verpflegung und Aktivitäten der Kinder genutzt
- Weitere kostenfreie Familien- und Kulturangebote

-

Lokale Vernetzung / Sozialräumliche Teilhabe / sozialer Zusammenhalt

Oft benannt und positiv bewertet wurde die Vernetzung von Akteur*innen, Organisationen und Verbänden. Insbesondere auf Ebene der Stadtteile und Quartiere seien diese Netzwerke förderlich, wenn es darum geht Teilhabe zu ermöglichen und lokales Gemeinwesen zu entwickeln. Dies führt in Folge zu Vertrauen der Betroffenen und ermutigt, Hilfe anzunehmen. Beispielhafte Aussagen:

- Vernetzung der Verbände und Organisationen
- Stadtteilarbeit und Vernetzung / Stadtteilarbeit / Quartiers- und Stadtteilarbeit
- Gute Netzwerke auf Stadtteilebene für unterschiedliche Bedarf von Betroffenen
- Vernetzung mit Akteur*innen im Stadtteil und dadurch Vernetzung der Nachbarschaft
- Netzwerke diverser Runden, Stadtteilrunden etc.
- Funktionierende Nachbarschaften
- Quartiersarbeit fördert Vertrauen und ermutigt Hilfe zu akzeptieren
- Gute Hilfsangebote für die Adressat*innen und Zusammenarbeit mit KSD und anderen Teams
- Sozialverwaltung: enge Verzahnung strategischer Grundsatzbereich und Durchführungsebene/operative Ebene

-

Starkes Ehrenamt, Engagement

Das bürgerschaftliche Engagement in der Stadt Hannover wird von den Teilnehmenden positiv wirkend herausgehoben und die Förderung des Ehrenamtes gelobt. Gesellschaftliche Teilhabe wird durch Ehrenamtliche ermöglicht. Ehrenamtlich tätig zu sein, ist gleichzeitig gesellschaftliche Teilhabe. Beispielhafte Aussagen dazu:

- Ehrenamt wird sehr gefördert
- Teilhabe durch Ehrenämter
- Bürgerschaftliches Engagement (zum Beispiel vermittelt über das Freiwilligen-Zentrum und seine Förderung durch die Stadt)
- Viele kreative ehrenamtliche Angebote (Transition Town, Mittagstisch, FairTeiler, RepairCafé, Bücherschränke)
- Engagierte Personen im Bildungs- und Hilfesystem und Planung → Achtung vor Überforderung
- Vorhandensein eines Seniorenbeirats
- Partizipative Entwicklung von Angeboten
-

Zahlen, Daten, Analyse, Monitoring

Hannover ist aus Sicht der Teilnehmenden gut aufgestellt mit dem jährlichen Armutsmonitoring und der Sozialberichterstattung. Differenzierte Daten- und Problemanalysen und die Einordnung der Daten helfen bei der Entwicklung von Strategien und Angeboten für Menschen in Armut. Dies sensibilisiert für das Thema Armut, insbesondere der kleinräumige und diversitätssensible Blick. Beispielhafte Aussagen dazu:

- Hannover ist sehr gut aufgestellt bei der Datenanalyse und integrierter Strategieentwicklung
- Planung und Berichterstattung / Armutsbericht und Monitoring: gute Grundlage und Sensibilisierung
- Sehr gute Sozialberichtsdocumentation durch die Stabstelle Sozialplanung mit Handlungsempfehlungen
- Gute Grundlagen für Strategieentwicklung und Planung durch Zahlen, Daten, Fakten / Differenzierte Analyse und Bewertung von Armut (Zeitreihen, Trends, Zielgruppen, Handlungsbedarf- / Monitoring: Zahlen werden erfasst, Bestrebungen und Ideen zur Verbesserung gibt es
- Problemanalyse: Verständnis für lokale, spezifische Situation und diversitätssensible Fragestellung
- Offenes Ohr der Sozialplanung gegenüber allen Akteuren und Betroffenen und auch der Landeshauptstadt Hannover
- Kenntnisse über Herausforderungen und gute skalierbare Konzepte (FB Schule)

Sonstiges

- Der Blick über Hannover hinaus dient der Selbstverortung und der Selbsteinordnung
- Hilfe zum Leben ist befriedigend, aber dies ist noch kein Weg aus der Armut heraus

b) Was können wir noch verbessern und was sind die aktuell dringendsten Handlungsbedarfe beim Thema Armut und Teilhabe in Hannover?

Im Rahmen der Workshops wurde mithilfe einer Methode aus der „Liberating structure“¹ unter allen Teilnehmenden abgefragt, was diese als den aktuell dringendsten Handlungsbedarf beim Thema Armut und Teilhabe in Hannover sehen. Die folgende Darstellung zeigt die zusammengefassten Ergebnisse aller Workshops. Die Punkte stellen dar, wie hoch die Dringlichkeit des jeweiligen Themas bewertet wurde.



Darüber hinaus wurden die Teilnehmenden mithilfe einer stillen Kartenabfrage dazu eingeladen aufzuschreiben, was in Hannover beim Thema Armut und Teilhabe noch verbessert werden kann. Aus beiden Methoden ergeben sich die folgenden Themenschwerpunkte:

Das **Thema Wohnen** wurde in allen Workshops als dringendster Handlungsbedarf benannt und stand auch im Mittelpunkt der Diskussion, was in Hannover noch verbessert werden kann. Dabei stand vor allem das Fehlen von bezahlbarem Wohnraum und der damit verbundene Handlungsbedarf des (kommunalen) Wohnungsbaus im Zentrum der Diskussion. Explizit hervorgehoben wurden die Forderungen nach bezahlbarem, barrierefreiem Wohnraum (auch innenstadtnah) sowie bezahlbarem Wohnraum für junge Menschen in Hannover.

Die **bessere Kommunikation und Vermittlung bereits bestehender Angebote und Leistungen** für Menschen, die von Armut betroffen sind, stellte sich als zweit dringendster Handlungsbedarf heraus. Zugänge zu Angeboten und Leistungen müssten vereinfacht werden. Dabei wurde auch die so genannte „Komm-Struktur“ kritisiert, die beschreibt, dass der Erhalt von Leistungen an die Antragsstellung der Empfänger*innen geknüpft ist. Dies setzt das Wissen der eigenen Leistungsberechtigung sowie die notwendigen Ressourcen (zum Beispiel Zeit, Fähigkeit, Sprachkenntnisse) für einen Leistungserhalt voraus. Die bürokratischen Hürden der Antragsstellung seien insgesamt zu hoch und eine Ursache dafür, dass bestehende Leistungen nicht in Anspruch genommen werden. Das Erreichen von Zielgruppen stand auch im Mittelpunkt

¹ 25/10 Crowd Sourcing beschreibt eine Methode, bei der jede*r Teilnehmende*r eine Karte mit dem aktuell dringendsten Handlungsbedarf schreibt und diese anschließend mit einer anderen Person tauscht. Die Teilnehmenden bewerten die neue Karte mit einer Punktzahl zwischen 1 und 5, je nachdem, wie stark sie der Aussage auf der Karte zustimmen, dass dies der aktuell dringendste Handlungsbedarf in Hannover beim Thema Armut & Teilhabe ist.

der Diskussion hannoverscher Problemlagen. Hier wurden explizit fehlende Begegnungsorte für Menschen, die von Armut betroffen sind, genannt.



„Einrichtungen kämpfen um Geld, Fachkräfte werden nicht gut bezahlt. Gutes muss man schützen!“

Die **Angebots- und Leistungsstruktur** für Projekte und Angebote für Menschen, die von Armut betroffen sind, sei insgesamt zu unübersichtlich, komplex und häufig nicht praxisorientiert. Darüber hinaus wurde die **Finanzierung und Förderstruktur von Projekten und Angeboten** für Menschen, die von Armut betroffen sind, kritisiert. Die Förderungslandschaft gleiche einem „Dschungel“. Selbst erfahrenes Fachpersonal verliere den Überblick über bestehende Leistungen und Angebote. Eine so genannte „Flickenteppichfinanzierung“ und (drohende) Einsparungen bei Angeboten für Armutsbetroffene und der damit einhergehende Abbau von sozialer Arbeit wurde von den Teilnehmenden ebenfalls mehrfach kritisch angemerkt. Insbesondere von der Politik grundlegend geklärt werden müsse: Was ist uns Teilhabe wert?

Die Teilnehmenden erkannten überwiegend auch im **organisatorischen und strukturellen Aufbau der Verwaltung** dringenden Handlungsbedarf. Die zentralsten Aspekte bezogen sich zum einen auf die Stärkung der fachbereichsübergreifenden und kommunalen Zusammenarbeit beim Thema Armut und Teilhabe innerhalb der Stadtgesellschaft, die verstärkt einen regelmäßigen (sozialraumorientierten) Austausch zu aktuellen Themen und Methoden sowie die Evaluation und Analyse bestehender Angebote und Leerstellen beinhalten sollte. Die Perspektive von in Armut lebenden Menschen solle ebenfalls mehr Berücksichtigung finden. Zum anderen wurde die finanzielle Sicherung bewährter Angebote sowie die Stärkung personeller Ressourcen als dringender Handlungsbedarf beim Thema Armut und Teilhabe in Hannover genannt.

„Was sagen die Menschen über die wir sprechen, was sie brauchen?“

Fehlende Chancengleichheit für Kinder- und Jugendliche konnte als weiterer Schwerpunkt herausgestellt werden. Insbesondere die **Bildungschancen** von Kindern und Jugendlichen, die von Armut betroffen sind, müssten verbessert werden, um so zu mehr Bildungsgerechtigkeit beizutragen. Außerdem wurde mehrfach der Bedarf an mehr personellen Ressourcen in Schulen und Kitas sowie bessere Bildungsmöglichkeiten für neuzugewanderte Kinder und Jugendliche genannt. Das **Angebotsspektrum für Kinder- und Jugendliche in Armut insgesamt zu verstärken**, fand ebenfalls unter den Teilnehmenden viel Resonanz und bezog sich über das Bildungsangebot hinaus auf ein breiteres Unterstützungsangebot für diese Zielgruppe. Exemplarisch wurden hier konkrete Angebote, wie ein kostenfreies Essensangebot für Kinder und Jugendliche in Kindertagesstätten und Schulen sowie mehr Unterstützung für Familien, die von Armut betroffen sind, genannt.

„Lebensraumperspektive: Die Lebensräume (Quartiere) von in Armutgefährdung oder tatsächlichen Armutslagen lebenden Menschen sind gleichrangig zu behandeln, wie reiche Bezirke.“

Soziale Arbeit wurde als ein zentraler Bereich benannt, in dem verstärkt dringender

Handlungsbedarf erkannt wurde. Im Vordergrund stand hier die bessere finanzielle Ausgestaltung sozialer Arbeit insgesamt, die bessere Bezahlung von Fachkräften sowie die Vermeidung weiterer Kürzungen in diesem Bereich. Mithilfe besserer Rahmenbedingungen sollte ebenfalls eine bessere Personalbindung erreicht werden. Eine stärkere finanzielle Ausgestaltung in der Aus- und Weiterbildung sozialpädagogischem Personals wurde ebenfalls als konkreter Handlungsbedarf benannt.

c) Wie können wir Stärken stärken? Wie kann es gelingen, aus Schwächen Chancen erwachsen zu lassen? Was können wir voneinander lernen?

Die Teilnehmenden der Workshops diskutierten abschließend anhand der oben genannten Fragestellungen, wie aus den zuvor genannten Schwächen beim Thema Armut und Teilhabe Chancen entstehen können. Die Ergebnisse werden im Folgenden zusammengefasst dargestellt:

Themenschwerpunkt: Kommunaler Wissenstransfer und Kommunikation von bestehenden Angeboten und Leistungen

Eine Stärke Hannovers beim Thema Armut und Teilhabe ist das breite Angebotsspektrum. Die Herausforderung bestehe darin, dass Informationen über bestehende Angebote nicht bei den von Armut betroffenen Personen ankommen.

Die Teilnehmenden diskutierten verschiedene Ansätze, um den Wissenstransfer zu Angeboten beim Thema Armut und Teilhabe zu fördern. Beispielhafte Aussagen dazu:

Wie kann es gelingen, aus Schwächen Chancen erwachsen lassen?

- Bündelung der Informationen zu Angeboten und Leistungen (beispielsweise auf einer Internetseite)
- Mehr Raum für Austausch, Zusammenarbeit und Begegnung unter Kolleg*innen sowie für Menschen schaffen, die von Armut betroffen sind
- Informationen **zu** den Menschen bringen, die von Armut betroffen sind
- Betroffenenperspektive stärker einbeziehen und zielgruppenorientierte Wege anlegen
- Bei runden Tischen eine Arbeitsebene etablieren, die konkrete Verbesserungsvorschläge und Projekte erarbeiten und nicht nur informieren
-

Was können wir voneinander lernen?

- Quartiersmanagement und Gemeinwesenarbeit verfügen über viel Wissen und Potenzial, stoßen vielerorts jedoch auf „Nichtzuständigkeiten“
- Die Broschüre „Kleiner Geldbeutel“ wurde als sehr positives Beispiel herausgestellt
- Braunschweigs Strategie der 15-Minuten-Stadt: Alles muss innerhalb von 15 Minuten erledigt werden könne um kürzere Wege zu schaffen

Themenschwerpunkt: (Lokale) Netze – Quartierskonzepte

Hannover ist aus Teilnehmendensicht im Vergleich zu anderen Kommunen in der Quartiers- und Stadtteilarbeit gut aufgestellt. Dies ist vor allem für die Gebiete mit besonderem Handlungsbedarf ein Zugewinn. Es gäbe viel Expertise auf lokaler Ebene beim Thema Armut und Teilhabe. Der lokalen Ebene müsse daher mehr Bedeutung und Anerkennung zuteil und die Netzwerkarbeit vor Ort gestärkt werden. Ausgewählte Ansätze sind:

Wie kann es gelingen, aus Schwächen Chancen erwachsen lassen?

„Es gibt tolle Angebote, die aber nicht bekannt sind. Selbst denen nicht, die beraten sollen. Wie soll man das an die Leute bringen?“

- Vernetzung und Austausch zwischen den Quartieren und Stadtteilen soll gefördert werden, um gemeinsam gute Konzepte entwickeln zu können. Gut funktionierende und bestehende Angebote sollten aufgegriffen und auf andere Stadtteile ausgeweitet werden
- Quartierszentren als Lösung: alles vor Ort
- Gute Vernetzungsplattformen sind die lokalen Kinder- und Jugendforen. Hier weiß jede*r vom anderen
- Mit dem Fachtag Armut & Teilhabe kann man über bestehende Netzwerke und Fachlichkeiten hinausschauen: „Mal andere Gesichter sehen“
-

Wo können wir voneinander lernen?

- Der Stadtteil Sahlkamp mit dem Kinderhaus NaDu als positives Beispiel: Kinder (und Eltern), die von Armut betroffen sind, besuchen das Kinderhaus: „Bedarfe werden bekannt. Man geht zusammen zu Beratung, in den Bildungsladen und von dort zum JobCenter.“
- Ehrenamtliches Frühstück an der IGS Stöcken: „Grundsätzlich sollten Ideen weiterentwickelt werden, wie man regelmäßige Frühstücks-/ Essensangebote an Kitas/Schulen installieren könnte. Es wäre eine Möglichkeit, dies über Lebensmittelpenden bzw. Kooperationsprojekte zu tun, zum Beispiel mit SOLAWI (Solidarische Landwirtschaft). Es wurde davon berichtet, dass es in der Vergangenheit auch schon für ein Jahr lang eine Förderung über den Integrationsbeirat gab.“
- Armut und Teilhabe erfordern einen Rundum-Blick und es ist sinnvoll, „über den Tellerrand zu blicken“ und von anderen Städten zu lernen: Als Beispiel wurde hier Hamburg genannt, dort gibt es eine stärkere strukturelle Verankerung und Ausrichtung von Armut und Teilhabe.

„Ich weiß, wohin ich gehen kann“

Themenschwerpunkt: Zuständigkeitensdschungel & Förderlandschaft vereinfachen, gut funktionierende Angebote priorisieren und sichern

Die komplexen Leistungs- und Förderungsstrukturen sowie die heterogen verteilten Zuständigkeiten wurden von den Teilnehmenden mehrfach kritisiert. Ausgewählte Ansätze, dem entgegenzuwirken, sind die Folgenden:

Wie kann es gelingen, aus Schwächen Chancen erwachsen lassen?

- Kritische Bestandsaufnahme und Hinterfragen aller bestehenden Projekte: Es bedarf mehr Mut, Maßnahmen und Projekte wegzulassen, sich ehrlich zu machen, was „weg kann“, weil es nicht wirksam ist.
- Stattdessen: langfristige finanzielle Sicherung von etablierten Angeboten und Projekten: raus aus der Projektförderung und als Dauerangebot etablieren.
- Programme müssen vereinheitlicht und zusammengezogen werden
- Angebotsstruktur für Mehrfachprobleme schaffen und nicht 50 unterschiedliche Einzelangebote
- Angebots- und Leistungsstruktur zusammenführen und vereinheitlichen, z.B. Dezernate zusammenführen.
- Langfristige Sicherung von Stellen in der Sozialen Arbeit sowie bessere Bezahlung von Fachkräften
- Behörden seien langsam, dies muss auf kommunaler Ebene gesteuert werden: beispielsweise Arbeitserlaubnis für ausländische Fachkräfte, etc.
- Eigene Interessensvertretung (Beirat) für Armutsbetroffene einrichten
- Gemeinwesenarbeit und Quartiersmanagement fungieren als Seismografen, stoßen aber häufig auf Nichtzuständigkeiten. Es gäbe aus Sicht der Quartiersarbeit häufig niemanden, der Themen, Probleme etc. entgegennehme. Hinderlich dabei sei auch die hierarchische, versäulte Verwaltungsstruktur („arbeiten im „luftleeren Raum“) und das mangelnde Vertrauen untereinander

„Ein Leben in Armut verursacht Mehrfachprobleme und nicht versäulte Einzelprobleme“

- Mehr Zusammenarbeiten, nicht nur vernetzen: Es braucht dringend mehr Anlässe, sich kennenzulernen, sich zu begegnen, sich auszutauschen, auch unter Kolleg*innen. Es braucht Brückenschläge, Anlässe, um sich überhaupt treffen zu dürfen.
- Prüfschleifen etablieren, unter denen Entscheidungen grundsätzlich auch in Ihrer Folge für die armen Bevölkerungsteile zu überprüfen sind

Sonstige

Neben vorgestellten, zusammengefassten Ergebnissen wurden in den Workshops zahlreiche Vorschläge zu unterschiedlichen Themenschwerpunkten genannt, die im Folgenden vorgestellt werden:

<p>„Wohnen“</p> <ul style="list-style-type: none"> • Wohnungslosenhilfe im Sozialraum / Quartier • (Not-)Schlafplätze für junge Menschen ab 18 bis 27 Jahren • Bauplanung: Förderung /Ermöglichung alternativer Wohnformen z.B. Tiny-Häuser • Unterstützung bei der aktiven Wohnungssuche z.B. durch Ehrenamt • Wohnen: anerkannte Mieten müssen höher sein (B-Schein) • Mehr Wohnraum, mehr + bessere Obdachlosenunterkünfte 	<p>Zielgruppenerreichung</p> <ul style="list-style-type: none"> • Mehr niedrigschwellige Angebote, insbesondere für Migrant*innen • isolierte Personen erreichen (Etablierung des Angebotes / der Angebote + Beziehungsaufbau) • Bessere Unterstützung von Studierenden in Teilzeit • Unterstützungssysteme (Einrichtungen, Angebote, Anlaufstellen) sichern und ausbauen • Angebote bekannter machen (wie erreichen wir die „Unerreichbaren“) • Angebote in allen Stadtteilen für alle Gruppen schaffen, so dass der Zugang zu einigen Angeboten besser aufzufinden ist. • Niedrigschwelliger Zugang zu Unterstützungsangeboten
<p>„Gesundheits- und Pflegewesen“</p> <ul style="list-style-type: none"> • Schwimmkurse: Baby, Kinder, Frauen, Senioren • Barrieren abbauen digital + mobil • Verbesserung Barrierefreiheit insb. Für Menschen mit eingeschränkter Sehfähigkeit. • Die Pflegeversicherung muss in Bürgerversicherung geändert werden 	<p>Kommunikation / Information / Vernetzung</p> <ul style="list-style-type: none"> • Thema „Armut“ enttabuisieren • Abbau Schamgefühl • Besser Verbreitung / aufmerksam machen für kostenlose Angebote • Transparenz der vorhandenen Angebote => Öffentlichkeitsarbeit • Zusammenführen / denken von Leistungsangeboten (s. Kindergrundsicherung) • Mehr Aufklärung über Möglichkeiten für Unterstützung • Bündelung bereits vorhandener Angebote an <u>zentraler</u> Stelle • Verstärkung des Austausches der Akteure • Informationen zu Leistungen an <u>alle</u>
<p>Bildungs- und Erwerbsteilhabe</p> <ul style="list-style-type: none"> • Betreuung Kinder: mehr Krippen-, Kitaplätze • Ausbau Ganztags-Schulen => Chancengleichheit herstellen • Tagesstrukturierende Angebote => Teilhabe Arbeitslosen, gesellschaftliches Leben • Integration Migrant*innen => Arbeitsmarkt 	<p>Bessere Rahmenbedingungen</p> <ul style="list-style-type: none"> • Neue Stellen besetzen • Das Alter der Klienten hochsetzen (KSH) • Aufsuchende Arbeit: Mehr Geh- weniger Kommstrukturen • Stärkere Orientierung in Qualität statt Quantität (z.B. bei Förderung) • Finanzkompetenz stärker fördern & ausbauen, um Sicherheit im Umgang mit Geld zu erlangen • Betroffenenperspektive einbinden
<p>Entbürokratisierung / (Verwaltungs-)Modernisierung</p> <ul style="list-style-type: none"> • Bürokratische Hürden abbauen => auf vielen Ebenen notwendig • Mehrsprachigkeit bei der Stadtverwaltung, mehr Diversität • Zusammenarbeit unter den Sozialleistungsträgern • Bürokratieabbau • Den Behördenschwung vereinfachen durch Mehrsprachigkeit, Vernetzung etc. • Abrechnung nicht über Vorkasse, sondern anders • Sensibilisieren, Präsenz zeigen, Privilegien reflektieren • Umgang mit Menschen in Armut: Jobcenter, Sparkasse, Sozialamt • Eine unkomplizierte Antragstellung • Vereinfachte Sprache für Antragsformulare • Bürokratieabbau für Antragstellung 	

Kostenlose Angebote

- Kinderbetreuung, Ferienbetreuung kostenlos
- Kostenloser Mittagstisch
- Mittagessen für alle Kinder (z.B. Ganztagschulen)
- Kostenfreie Angebote für ALLE, um Ausgrenzung zu minimieren
- Kostenloser ÖPNV für Kinder über 6 Jahre z. B. bis 18 Jahre komplett kostenfrei!
- Für Kinder kostenloser Zugang zu Essen in der Schule, Bildung, Teilhabe usw. (ohne Bildungs- und Teilhabe-Paket + Stigma)
- Kostenfreie Frühstücksangebote in/für Schulen z.B. Obst, Rohkost, Brötchen

Vorschläge zu „Quartiersansätze ausweiten“

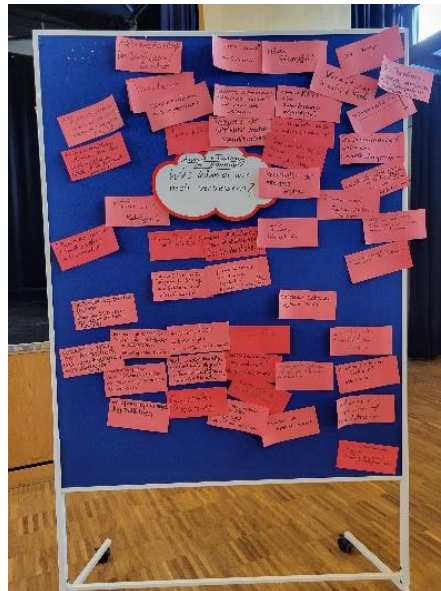
- Familienzentren auf Grundschulen (in schwieriger Lage) ausweiten
- Mehr niedrigschwellige, wohnortnahe Angebote: siehe Bundes Haus Mühlenberg, Gesundheitskioske
- Begegnung + „Durchmischung“ von „Armen“ + „Reichen“
- Mehr räumlich, weniger gruppenorientiert und leistungsrechtlich denken
- Mehr konsumfreie Räume im Quartier für Begegnung und Teilhabe
- Sozialraumorientierung Jobcenterseits
- „verdeckte Armut“ aufzudecken => noch mehr Basisarbeit vor Ort im Gemeinwesen

Mehr mitdenken, Vorschläge dazu:

- Sprachbarrieren (Dolmetscher)
- Formulare in einfacher Sprache
- Antragsformulare in verschiedenen Sprachen
- Wiedereinführung der Sprachlernklassen an den Schulen
- Sprachlernangebote für neuzugewanderte Kinder und Jugendliche ohne Schulplatz
- Erreichbarkeit von (neuen) Familien / Betroffenen => Sprache, Interesse

„Partizipation / Mitwirkung / Mitbestimmung“

- Aushandlung von gegenteiligen Interessen verschiedener Gruppen (> Nutzung von Plätzen etc.)
- Mitsprache des Seniorenbeirats muss erweitert werden
- Mitsprache des Seniorenbeirats muss erweitert werden



8. Ausblick

Sylvia Bruns, Dezernentin für Soziales und Integration, fasste am Ende des Fachtags zusammen:

„Dem Thema Armut und Teilhabe können wir am besten gemeinsam begegnen: Wir alle sind gefordert, maximale Teilhabe aller in Hannover zu ermöglichen“. Die Sozialdezernentin dankte allen Teilnehmenden für ihr intensives Engagement bei diesem Fachtag und / oder in Hannover sowie der Koordinationsstelle Sozialplanung sowie allen Unterstützer*innen für die Vorbereitung und Durchführung dieses Fachtags. „Die fachlich engagierten und teils leidenschaftlich geführten Diskussionen unterstreichen einmal mehr, wie viel Expertise heute in diesem Raum zum Thema Armut und Teilhabe war“.

Sylvia Bruns kündigte abschließend an, dass die Ergebnisse des Tages in den kürzlich vom Rat beschlossenen und jetzt gemeinsam zu erarbeitenden **Aktionsplan „gegen Armut“** beziehungsweise **für mehr Teilhabe und mehr Armutsprävention** einfließen. Näheres zur Zielsetzung des Aktionsplans ist hier zu finden: [Link](#).



Impressum

Redaktion: Koordinationsstelle Sozialplanung

Fotos: Achim Beinsen, Landeshauptstadt Hannover, Sachgebiet Kommunale Fachstelle für Migrationsberatung

Bildrechte: Landeshauptstadt Hannover, Dezernat III



Dank an die vorbereitende AG und an alle, die den Fachtag organisatorisch inhaltlich, finanziell, fotografierend und/oder moderierend unterstützt haben.

DANKE !